

Leitlinien für eine vernetzte Gesundheitsversorgung in Thüringen

Wenn Menschen monatelang auf einen Facharzttermin warten müssen, Hebammen kaum noch zu finden sind und Pflegekräfte ausbrennen, dann ist das nicht nur ein Systemfehler – es ist ein politischer Skandal. Wir wollen das ändern. Eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung funktioniert nur sektorübergreifend. Das bedeutet, alle Versorgungsangebote zu vernetzen, egal ob ambulant, stationär, pflegerisch, psychosozial und digital. Aus diesem Grund haben wir uns bereits beim Landeshaushalt 2025 erfolgreich für mehr Geld für Investitionen in Krankenhäuser und die Unterstützung bei der Finanzierung von Pflegekosten eingesetzt. Die Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag sieht in der Weiterentwicklung einer vernetzten Gesundheitsstruktur die zentrale gesundheitspolitische Aufgabe für das kommende Jahrzehnt.

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis: Viele Probleme – vom Haus- und Facharzt:innenmangel über Pflegeengpässe, von Klinikschließungen bis zu langen Wartezeiten in der Psychotherapie – lassen sich nicht isoliert lösen. Es braucht regionale Versorgungszentren in öffentlicher Hand, sektorenübergreifende Kooperationen, eine stärkere Rolle der Kommunen, solide Datengrundlagen, gute Arbeitsbedingungen und Personalkonzepte sowie neue Finanzierungswege.

Die Landesregierung verweist aktuell auf den Krankenhausplan, auf Projekte und Modellregionen. Ein Transformationsfonds wurde angekündigt, aber die Umsetzung lässt noch immer auf sich warten, während den Kliniken die Zeit davonläuft. Auch das nun geschaffene Kreditprogramm muss seine Wirkung erst noch unter Beweis stellen. Es stellt, wenn überhaupt, eine kurzfristige Hilfe dar, löst aber keine langfristigen Probleme bei der strukturellen Unterfinanzierung der Krankenhäuser und ersetzt keine dringend notwendigen Zuschüsse zur Investition in eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft. Ebenso die von uns eingebrachten sowie beschlossenen Unterstützungen, zum Beispiel zur Senkung der Kosten in der Pflege, warten darauf, durch die Regierung genutzt zu werden. Was es braucht, sind Taten und keine immer wiederkehrenden Ankündigungen. Nicht Marketingkampagnen retten die Gesundheitsversorgung, sondern die Stärkung des Gesundheitsministeriums, um die notwendigen Maßnahmen zu Verbesserung der Gesundheitsversorgung umzusetzen. Denn im Alltag der Patient:innen, Pflegebedürftigen und Beschäftigten zeigt sich der Mangel bereits jetzt konkret in Strukturbrüchen, drohenden Versorgungslücken und nicht nachvollziehbaren Doppelzuständigkeiten. Mit unserer Großen Anfrage (Drucksache 8/769) haben wir eine umfassende parlamentarische Grundlage eingereicht, um diese offenen Fragen zu klären. Die Antwort der Landesregierung wird im Oktober erwartet.

Hinzu kommt: Mit dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) wird der Transformationsdruck auf Länder und Kommunen zunehmen. Ohne eigene Landesstrategie droht die Gestaltungshoheit an die Selbstverwaltung zu fallen. Es ist wichtig, dass politische Weichenstellungen vorgenommen werden, damit sich die Gesundheitsversorgung an den Bedürfnissen und Bedarfen der Patient:innen und Beschäftigten orientiert. Flächendeckende Versorgung ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht dem Profitdruck geopfert werden.

Deshalb fordert die Fraktion Die Linke:

- Ein Finanzierungspaket für eine vernetzte Gesundheitsversorgung. Damit sollen stationäre, teilstationäre, ambulante und pflegerische Angebote integriert werden. Das wollen wir in kommunaler und gemeinwohlorientierter Trägerschaft vom Krankenhaus über die Poliklinik 2.0 bis hin zu den Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Ebenso mit einbezogen werden sollen hier niedergelassene Praxen und Apotheken.
- Regionale Gesundheitszentren in öffentlicher Hand, die Haus- und Fachärzt:innen, Pflege, Beratung, Therapien und sektorübergreifende Lotsenfunktionen vereinen (Polikliniken 2.0). Durch solche Zentren wird die erreichbare und bedarfsgerechte Versorgung verbessert. Auch die Niederlassungsförderung für angehende Ärzt:innen muss dazu ausgebaut und auch für Apotheker:innen und Zahnärzt:innen erhalten werden.
- Kommunale Verantwortung stärken: Kommunen müssen Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen können und landkreisübergreifend miteinander kooperieren können, damit Gesundheitsinfrastruktur gesichert werden kann.
- Krankenhausinvestitionsmittel ausbauen: Für Infrastruktur, Strukturanpassungen zur Sicherung der Grundversorgung in der Fläche und Spezialisierung von Standorten, Digitalisierung, Klimafolgenanpassung, gute Arbeitsbedingungen und Personalentwicklung sind jährlich mindestens 100 Mio. Euro im Landeshaushalt erforderlich. Nur so können auch Bundesmittel kofinanziert und Strukturlücken geschlossen werden, damit eine flächendeckende Versorgung weiterhin gewährleistet bleiben kann.
- Wenn eine pflegebedürftige Person im ländlichen Raum monatelang auf einen Kurzzeitpflegeplatz warten muss, dann hat das nichts mit Daseinsvorsorge zu tun und das wollen wir ändern. Kurzzeitpflege, alternative Wohnformen und gemeindenaher Unterstützung müssen finanziell priorisiert werden. Ein Pflegepaket in Höhe von 10 Mio. Euro jährlich ist dafür unverzichtbar. Eine Vorhaltepauschale für Kurzzeitpflegeplätze könnte ein Instrument sein, um Einrichtungen zu motivieren, solche dringend benötigten Plätze bereitzuhalten und pflegende Angehörige zu entlasten. Die Investitionskosten im Pflegebereich zur Senkung der Kosten für zu Pflegenden und Angehörige müssen umgesetzt und im kommenden Doppelhaushalt verstetigt werden.